

INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION  
BETREFFEND DIE WEITER ANWACHSENDE FIRMENFLUT

VOM 29. JANUAR 2007

Die Alternative Fraktion hat am 29. Januar 2007 folgende **Interpellation** eingereicht:

Die Zahl der Firmen hat sich im vergangenen Jahr im Kanton Zug gemäss der Neuen Zuger Zeitung vom 26. Januar 2007 schon wieder massiv erhöht. Der Nettozuwachs beträgt **1348 Firmen**. Das ist im schweizerischen und europäischen Vergleich völlig unverhältnismässig und dürfte für den kleinen Kanton Zug einen neuen Rekord darstellen.

Wir stellen dem Regierungsrat dazu die folgenden **Fragen**:

1. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind privilegierte Gesellschaften? Wie viele davon Briefkastenfirmen, gemischte Gesellschaften und Holdinggesellschaften? Wie viele der neuen Firmen sind aus einem anderen Kanton zugezogen?
2. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind im Rohstoffhandel tätig?
3. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind im Kanton Zug im produzierenden Sekundärsektor tätig?
4. Wie viele zusätzliche Verwaltungsratsmandate und Notariats-Aufträge werden schätzungsweise durch die neu zugezogenen Firmen geschaffen?
5. Wie ist die ungefähre Auswirkung der Firmenflut auf das Ressourcenpotenzial des Kantons Zug und somit auf die NFA-Rechnung?
6. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen der Firmenflut auf die Boden-, Miet- und Pachtpreise, auf die Lebenskosten und auf die Wohnungsnot ein?
7. Was meint er zur Gefahr einer finanziellen Mehrbelastung von Personen niederen und mittleren Einkommens im Kanton Zug? Was meint er zur Gefahr einer verstärkten Verdrängung dieser Einkommensschichten aus dem Kanton?
8. Wie sieht er die Zukunft des Arbeitsplatzes angesichts der durch die Firmenflut steigenden Produktions-, und hier vor allem der Landkosten?
9. Wie schätzt der Regierungsrat den durch die Firmenflut verstärkten Druck auf das Kulturland und auf den allgemeinen Landmangel ein?

10. Was sind die Folgen der Firmenflut auf die Verkehrsbelastung, die damit zusammenhängende Luftverschmutzung und ganz allgemein die Lebensqualität?
11. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr ein, dass in der Firmenflut besonders viele ethisch und/oder strafrechtlich dubiose und mafiose Gesellschaften nach Zug gelangen? Wie beugt die Regierung dem vor? Wie handhabt sie die Kontrolle und die strafrechtliche Verfolgung? Wird eine vermehrte internationale Zusammenarbeit bei der strafrechtlichen Verfolgung im Bereich Wirtschaftskriminalität gesucht?
12. Betrachtet es der Regierungsrat angesichts der Firmenflut nicht als besonders dringlich, zugunsten eines sauberen Handelsplatzes den Rohstoffhandel wie ursprünglich beabsichtigt dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen?
13. Wie sieht der Regierungsrat die Probleme von Gemeinwesen, in denen ein grosser Teil der neu zugezogenen Firmen mehr Kosten verursachen als in Zug, aber denen sie die zu deren Finanzierung nötigen Steuern entziehen?
14. Befürchtet der Regierungsrat nicht, dass eine Politik, die auf Steuerdumping baut, angesichts des wachsenden Druckes seitens der EU oder der OECD gegen unfaire Steuerpraktiken, auf Sand baut und unseren Kanton langfristig in eine Sackgasse führt?

Wir wünschen schriftliche Beantwortung.

Begründung:

Zuerst einmal wollen wir unterstreichen, dass es unfair ist, wenn Firmen ihre Steuern nicht dort bezahlen, wo sie den Gemeinwesen Kosten verursachen, sondern dort, wo die Steuern am tiefsten sind. Auf wie viele der neu zugezogenen Firmen dieses fragwürdige, häufig auch illegale Verhalten zutrifft, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber bei den privilegierten Gesellschaften wäre es nicht erstaunlich, wenn es die überwiegende Mehrheit ist.

Der Kanton Zug hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl etwa sechsmal mehr Firmen als der schweizerische Durchschnitt. Das Wachstum des letzten Jahres dürfte im Verhältnis zur Bevölkerung mindestens das Zehnfache des schweizerischen Durchschnitts betragen. Eine Folge ist, dass der Anteil der Steuereinnahmen aus juristischen Personen im Verhältnis zu dem der natürlichen Personen weit über dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Und dies obwohl es ein paar Tausend Domizilgesellschaften gibt, die wegen ihrer Steuerbefreiung bei der Ertragssteuer und wegen der extrem tiefen Kapitalsteuer praktisch keine Steuern bezahlen. (Einträglich bleiben sie bloss für die hiesigen Wirtschaftsanwälte, die dank den Briefkastenfirmen mit wenig Aufwand viel Geld verdienen).

Unsere Fragen, die wir zur Firmenflut stellen, gehen zusätzlich zum Grundsatz der Fairness aus von der Sorge um die soziale, ökologische und wirtschaftliche wie auch ethische Entwicklung unseres Kantons. Ein unethisches Verhalten gegen aussen untergräbt auch das für das Zusammenleben nötige ethische Fundament im Innern.

Immer mehr Leuten wird klar, dass die Firmenflut die Miet- und andere Lebenskosten steigert, die Wohnungsnot verschärft, dem Werkplatz die Bodenpreise erhöht und den Raum einengt, das bäuerliche Kulturland verkleinert, die Verkehrsprobleme und Luftverschmutzung verschärft.

Weniger diskutiert wird der wachsende Druck auf die Mittel- und Unterschichten, die immer mehr aus dem Kanton verdrängt werden.

Zu wenig zur Kenntnis genommen wird auch der Umstand, dass die Firmenflut zu einer teureren NFA-Rechnung führt. Dabei geht der Neue Finanzausgleich nicht von den tiefen Steuerbeträgen aus, die die meisten Firmen zahlen, sondern vom Ressourcenpotential all der Firmen wie auch der natürlichen Personen aus. Gerade vor diesem Hintergrund ist es gegenüber den Zuger Bürgerinnen und Bürgern unfair, wenn sie und nicht die privilegierten Profiteure der Tiefsteuerpolitik für den NFA aufkommen müssten.

---